

Protokoll
der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung - Stavo/005/2006
am Dienstag, den 14.11.2006
im großen Sitzungssaal

Beginn: 19:10 Uhr

Ende: 22:50 Uhr

Um 19.10 Uhr eröffnet Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer die 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Von den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung fehlt entschuldigt Frau Stadtverordnete Poschpiech.

Der Magistrat wird vertreten durch Herrn Bürgermeister Spandau, Herrn 1. Stadtrat Birke, Frau Stadträtin Metje sowie die Herren Stadträte Häusler, Kircher, Parr, Weinreich und Teubner-Damster. Von der Verwaltung ist Herr Magistratsoberrat Weicker sowie der Schriftführer Herr Amtmann Schäfer anwesend.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer gibt bekannt, dass Herr Sven Viehl sein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung niedergelegt hat. Mit seinem Dank für die geleistete Arbeit begrüßt Herr Schäfer gleichzeitig als Nachfolger Herrn Wolfgang Baumgartner, der für die SPD-Fraktion in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt ist.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer gibt weiterhin bekannt, dass unter TOP 4 auch die Beratung und Beschlussfassung über den Nachtragswirtschaftsplan für das Jahr 2006 der Stadtwerke Laubach (Stadtverordneten-Drucksache Nr. 099/2006) erfolgt.

Gegen die vorliegende Tagesordnung ergeben sich keine Einwendungen.

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
 - 1.1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.10.2006
- 2 Mitteilungen

- 3 Anfragen
- 4 Beratung und Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung mit -plan 2006 und deren Anlagen
 - 4.1 Beratung und Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung mit -plan 2006
 - 4.2 Beratung und Beschlussfassung über den Nachtragswirtschaftsplan 2006 der Stadtwerke Laubach
- 5 Einbringung des doppischen Haushaltes 2007 und dessen Anlagen
- 6 Antrag der FWG-Fraktion vom 21.06.2006, eing.: 27.06.2006
hier: Bildung eines Jugend- sowie eines Seniorenbeirates
- 7 Antrag der FWG-Fraktion vom 03.07.2006, eing. 04.07.2006
hier: Teilnahme am "Aktionsprogramm Mehrgenerationenhaus"
- 8 Antrag der FWG-Fraktion vom 05.07.2006; eing. 05.07.2006
hier: Gebührenfreistellung für das letzte Kindergartenjahr
- 9 Antrag der FWG-Fraktion vom 23. Juni 2006; eing. 27.06.2006
hier: Ausweisung einer Tempo-30-Zone in der Goethe-, Lessing- und Gerhard-Hauptmann-Straße in Laubach
- 10 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.09.2006, eing. 18.09.2006
hier: Erweiterung der Betriebskommission
- 11 Benennung eines Straßenabschnittes im Felix-Klipstein-Weg
hier: Straße " Am Sonnenhang "
- 12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 17.09.2006, eing. 18.09.2006
hier: "Bündnis für Familie"
- 13 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.09.2006, eing. 18.09.2006
hier: Erstellung eines Baulückenkatasters
- 14 Antrag der FDP-Fraktion vom 02.10.2006, eing. am 06.10.2006
hier: Prüfung der Voraussetzungen für die Übertragung der Bewirtschaftung der Theodor-Heuss-Grundschule Laubach auf die Stadt Laubach
- 15 Antrag der FDP-Fraktion vom 14.10.2006, eing. am 19.10.2006
hier: Beschilderung der Laubacher Radwege mit den im gesamten Bundesgebiet einheitlich verwendeten Wegweisern
- 16 Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 19.10.2006, eing. am 20.10.2006
hier: Änderungen bzw. Ergänzungen in der Benutzungs- und Gebührenordnung der Stadt Laubach

Beratung:

1 Eröffnung und Begrüßung

1.1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.10.2006

Gegen die Niederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Oktober 2006 erheben sich keine Einwendungen.

2 Mitteilungen

Herr Bürgermeister Spandau gibt folgende Mitteilungen:

2.1. In der Stadtverordnetenversammlung am 10.10.2006 wurde im Rahmen der Beratung über den Entwurf des Regionalplanes festgestellt, dass der Bereich Friedrichshütte nicht enthalten bzw. als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen sei. Bezugnehmend auf einen entsprechenden Artikel in der „Alsfelder Allgemeinen“ vom 13.10.2006 hat das Regierungspräsidium dazu folgendes mitgeteilt:

„1. Entgegen der Zeitungsmeldung gibt es an dieser Stelle keine „Rückhaltefläche für Hochwasser“, gemeint war wohl ein Vorbehaltsgebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz, das östlich davon anschließt.

2. Laubach Friedrichshütte war im gültigen Regionalplan 2001 in zwei Teilflächen (mit 2 und 1 ha Größe) als Siedlung Bestand dargestellt. Um die Lesbarkeit zu verbessern und den Rahmencharakter des Plans zu betonen, wurden im Regionalplan-Entwurf 2006 Bestandsdarstellungen und Splitteransiedlungen bis 2 ha (entspricht 2 mm² im gedruckten Plan) gestrichen.“

2.2. Das Regierungspräsidium Gießen hat mit Schreiben v. 12.10.2006 die Flächennutzungsplanänderung in Laubach (Bereich Schottener Straße) genehmigt.

2.3. Das Land Hessen beabsichtigt eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, nachdem die Gemeinden Zuschüsse für die Betreuung im 3. Kindergartenjahr erhalten. Danach soll die Bemessungsgrundlage für die Kreis- und Schulumlage geändert werden, indem die Einkommens- und Umsatzsteuer künftig nicht mehr zu 95 v.H., sondern voll bei der Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde angerechnet wird. Die Mehrbelastung für die Stadt Laubach beträgt dafür rund 76.500,-- EUR.

- 2.4. Für Grundstücksflächen in den Stadtteilen Gonterskirchen, Freienseen und Münster beabsichtigt das Regierungspräsidium Gießen die Ausweisung von sog. Überschwemmungsgebieten. Die Stadt Laubach ist an diesen Verfahren zu beteiligen. Im Stadtteil Gonterskirchen fand hierzu im vergangenen Jahr eine Informationsveranstaltung unter Beteiligung des Ortsbeirates statt. Die Planungen für den Stadtteil Freienseen wurden bereits im Ortsbeirat beraten. Für den Stadtteil Münster liegen die Unterlagen in der Zeit vom 22. November 2006 bis 20. Januar 2007 im Rathaus öffentlich aus. Darüber hinaus wurden die Pläne dem Ortsbeirat Münster mit der Bitte um Beratung zugeleitet.
- 2.5. Der Geschäftsführer der Laubacher Tourismus und Service GmbH und der gemeinnützigen Laubacher Kultur und Bäder GmbH, Herr Hövel hat in der letzten Magistratssitzung von den Aktivitäten aus den Bereichen Festivals, Kultur und Tourismus berichtet. Bei den beiden Festivals konnte ein vierstelliger Einnahmeüberschuss erzielt werden. Bei dem Blues-Festival gab es mehr Besucher als in den letzten beiden Jahren. Die Vermarktung erfolgte über die Internetseiten der Deutschen Bahn und über das Rhein-Main-Ticket. Eine Besucherumfrage ergab ein positives Feedback. Im kommenden Jahr ist eine moderate Preiserhöhung wg. der Mehrwertsteuererhöhung beabsichtigt. Darüber hinaus ist eine Partnerschaft mit dem KulturReiseland Hessen vorgesehen.

Im nächsten Jahr feiert das Orgelfestival sein 15-jähriges Jubiläum unter anderem mit Beteiligung von hr4. Im März kommenden Jahres findet ein Wilhelm-Busch-Abend in der Herrnscheune statt. Für den Zeitraum Frühjahr und Herbst ist eine Veranstaltungsreihe „Auf den Spuren von Buderus“ mit Infotafeln und einer Ausstellung geplant. Ferner finden im nächsten Jahr Feierlichkeiten zu „300 Jahre Friedrichshütte“ statt. Im Juli 2007 wird in Laubach ein Duathlon (20 km Laufen, 40 km Radfahren, 5 km Laufen) durchgeführt.

In der Zeit vom 17. bis 23. September findet eine Kinderkulturwoche unter Beteiligung des Oberhessischen Diakoniezentrum statt.

Die Übernachtungsstatistik 2006 zeigt für den Zeitraum Januar bis August eine Steigerung von 2,9 %. Das sind rund 1.500 Übernachtungen mehr als im Vorjahr.

3 Anfragen

Aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung werden folgende Anfragen gestellt:

- 2.6. Herr Stadtverordneter Neuhäuser teilt mit, dass laut Ankündigung durch den Bürgermeister in der Presse in der Sport- und Kulturhalle die Neuverlegung eines Mehrzweckbodens geplant war. Nachdem dort ein reiner Sporthallenboden verlegt wurde, wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wann wurde entschieden, dass ein reiner Sportboden eingebaut wird und was waren die ausschlaggebenden Gründe dafür?
2. Warum wurde das Parlament von dieser Umentscheidung nicht informiert?
3. Sie haben in der letzten Sitzung des Jugend- und Kulturausschuss gesagt, das ein Musterstück des Bodens im Bauausschuss gezeigt wurde und darüber befunden wurde. In welcher Bauausschusssitzung soll das gewesen sein. In den Protokollen ist das so nicht erwähnt. Selbst auf Nachfrage meiner Fraktion konnte sich niemand daran erinnern?
4. Welche Vereine und in wie weit wurden diese in die Entscheidung eingebunden, außer das diese Vereine im Januar mitteilen sollten, welche Feldmarkierungen gewünscht werden
5. Warum wurden nicht alle sporttreibenden Vereine, sowie der Gewerbeverein und KVL (als Hauptnutzer für große Veranstaltungen) zur Informationsveranstaltung eingeladen?

Herr Bürgermeister Spandau weist darauf hin, dass nach der Geschäftsordnung Anfragen, insbesondere in derartigem Umfang, vorher schriftlich einzureichen seien. Nur so sei eine detaillierte Beantwortung von konkreten Daten möglich. Da diese Anfrage dem Magistrat bisher nicht vorlag, wird die Beantwortung dem Protokoll beigelegt.

Protokollnotiz:

Die Anfrage wird von Herrn Bürgermeister Spandau nachträglich wie folgt beantwortet:

Die Eingangsaussage der FWG-Anfrage, „dass ein Mehrzweckhallenboden geplant war – wie dies in der Presse im Juli 2006 durch Bürgermeister Spandau angekündigt wurde“ – und dass daraus ein reiner Sporthallenboden wurde, ist nicht zutreffend. An dieser unzutreffend formulierten Ausgangssituation wird dann die weitere Fragestellung aufgebaut. Daraus folgt, dass einige der Fragestellungen nicht korrekt sind. Deshalb wird die Anfrage insgesamt wie folgt beantwortet:

1. In der Magistratssitzung am 13.03.2006 wurde auf Vorschlag des Bauamtes beschlossen, den neuen Hallenboden in Poly-Urethan herzustellen, da dies erhebliche Vorteile zu Linoleum aufweist. Der Magistrat hat in dieser Sitzung um eine Mustervorführung in einer der nächsten Sitzungen gebeten.
2. In seiner Sitzung am 06.04.2006 hat der Magistrat unter dem Tagesordnungspunkt „Erneuerung des Hallenbodens in der Sport- und Kulturhalle Laubach“; hier: Einbau eines flächenelastischen Sportbodens (Vorlage 489/2006), den Auftrag für den Einbau eines „flächenelastischen Sportbodens“ in der Sport- und Kulturhalle einstimmig erteilt. Dem Beschluss lag die Auffassung des Magistrates zu Grunde, für den neuen Hallenboden eine elastische an Stelle einer festen Bodenkonstruktion zu wählen. Hiernit sollte dem gesundheitlichen Aspekt in besonderer Weise Rechnung getragen werden, da der neue Hallenboden sehr gelenkschonend für die Sporttreibenden ist und der ganz überwiegende Teil der Nutzungen in der Sport- und Kulturhalle sportlichen Charakter hat.

Von daher stellt sich auf Grund des zeitlichen Ablaufes die unter Nr. 2 gestellte Frage, warum das Parlament von der „Umentscheidung“ nicht informiert wurde, überhaupt nicht. Es gab keine Umentscheidung. Eine solche Umentscheidung ist nur durch die Anfragersteller selbst in den Raum gestellt worden.

3. In der Sitzung des Umwelt-, Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 29.06.2006 wurde über die Neuverlegung des Hallenbodens informiert und auch zwei entsprechende Musterstücke gezeigt, einmal des zum Einbau kommenden Materials und einmal des grundsätzlich auch in Frage gekommenen Linoleumbodens, der aber letztlich durch den Magistrat nicht ausgewählt wurde. Beide Musterstücke waren in der Verwaltung seit Ende März 2006 vorhanden, wurden wiederholt, nicht nur in dem Ausschuss, sondern auch sonstig Interessierten, gezeigt.
4. Für den **11.05.2006** wurden diejenigen Vereine zu einem Gespräch ins Rathaus eingeladen, die als gemeldete Dauernutzer die Sport- und Kulturhalle in der Regel wöchentlich nutzen. Dieses waren der Radfahrverein Laubach, der Tennisclub Laubach, der Turnverein Freienseen (Speedminton), der Sportverein Münster, die Turngemeinde Laubach, die Gesamtschule Laubach sowie die Theodor-Heuss-Grundschule. Den Vereinen wurde der vom Magistrat ausgewählte Boden und dessen Aufbau vorgestellt. Auch hierbei wurde an Hand der beiden Baumuster die Vorteile des Poly-Urethan-Sportbodens gegenüber dem Linoleum dargestellt. Nach eingehender Diskussion und Beantwortung aller Fragen stimmten die Vereinsvertreter dem Einbau des flächenelastischen Poly-Urethan-Sportbodens zu.
5. Es macht keinen Sinn, alle sporttreibenden Vereine zu einer Informationsveranstaltung über einen Hallenboden einzuladen, wenn diese Vereine den Boden gar nicht nutzen. Ebenso erscheint es wenig zielführend, solche Vereine einzuladen, die lediglich gelegentlich, in der Regel einmal im Jahr, die Halle und damit den Boden nutzen. Wichtig ist es, die Vereine zu informieren und in einen Dialog einzubeziehen, die die Halle und damit den Boden ständig nutzen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass bei einem Ortstermin am 07.11.2006 die Mitglieder des Magistrates sowie die Fraktionsvorsitzenden vor Ort durch Vertreter des Bauamtes über den Boden und den Schutzbelag für nicht sportliche Veranstaltungen informiert wurden. Alle Fragen wurden dabei erschöpfend und zur vollen Zufriedenheit aller Teilnehmer beantwortet. Der neue Boden wurde als sehr gut geeignet empfunden. Dies haben auch zahlreiche Bekundungen von Vereinen gezeigt, die den Boden nutzen und schätzen. Bei einem Zusammentreffen mit Vereinen am 21.11.2006 wurde dieses den Vertretern der Verwaltung noch einmal deutlich mitgeteilt.

2.7. Herr Stadtverordneter Oßwald berichtet von Schäden der mit Natursteinplatten ausgeführten Grabeinfassungen und Gehwegen auf dem Friedhof in Münster. Seitens der Verwaltung erhalten die Anlieger seit Monaten die Auskunft, dass eine Sanierung die alleinige Aufgabe der betroffenen Grabstätten-Inhaber sei – und zwar auch für die baulichen Mängel der Gehweg-Bereiche. Die soll der Magistrat sogar beschlossen haben. Herr Oßwald bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilen Sie diese Auffassung, wonach alleine Grabstätten-Besitzer für die Sanierung und damit Verkehrssicherungspflicht in den Grenzen ihrer Grabstätte und der Gehwege zuständig sind?
2. Wenn dem so ist: Warum hat dann der städt. Bauhof in früheren Zeiten umfangreiche Sanierungen an den Platten vorgenommen?
3. Hielten Sie es nicht für angebracht, das Gespräch mit den Grabstätten-Besitzern zu suchen, um eine einvernehmliche Lösung zu erreichen.

Herr Bürgermeister Spandau teilt mit, dass sich der Magistrat der vorangegangenen Wahlperiode mit der Angelegenheit befasst habe. Der Magistrat hat im Ergebnis festgehalten, dass es aufgrund der Konstruktion und der Bauart zu diesen Schäden kommen muss. Es sei schwierig Maßnahmen zu treffen, dass es dauerhaft nicht mehr zu diesen Schäden kommt. Es ist nicht Aufgabe der Stadt Laubach, die Gesamtschäden zu beheben. Weitere Beantwortung erfolgt zu Protokoll.

Protokollnotiz:

Die Beantwortung wird von Herrn Bürgermeister Spandau nachträglich wie folgt ergänzt:

Auf dem Friedhof in Münster wurden im Jahre 1984 – also vor 22 Jahren – Grabeinfassungen um die Gräber mit Granitplatten verlegt. Dabei ist jeweils um das Grab herum eine Plattenbreite durch die Grabnutzungsberechtigten bezahlt worden. An einigen Stellen, an denen Gräber zusammen stoßen, ist eine 30 cm breite Platte zu Lasten der Stadt Laubach verlegt worden, während die andere komplette Grabumfassung zu Lasten der Grabnutzungsberechtigten ging, d.h. von diesen bezahlt wurde.

Man wollte seinerzeit einen sauberen und leicht zu reinigenden Abschluss zu den Gräbern schaffen. Aus heutiger Sicht ist man von dieser Verlegeart völlig abgekommen, da immer wieder festgestellt werden musste, dass die Platten „hochfrieren“, sich vom Untergrund lösen oder reißen.

Auf Grund einer Anfrage eines Grabnutzungsberechtigten vom November 2005 hat sich der Magistrat in seiner Sitzung am 21.11.2005 mit dem Thema intensiv befasst. Der Magistrat hat in dieser Sitzung die Instandsetzung der nunmehr teilweise losen oder gebrochenen Platten abgelehnt. Er hat gleichzeitig festgelegt, dass bei zukünftigen Grabfeldern eine andere Befestigung gewählt werden soll.

Der Magistrat hat mit dieser Entscheidung der Tatsache Rechnung getragen, dass der ganz überwiegende Teil der Platten im Verantwortungsbereich des jeweiligen Grabnutzungsberechtigten liegt und nur ein untergeordneter Anteil durch die Stadt verlegt wurde.

Bei notwendigen Reparaturen in der Vergangenheit haben die Grabnutzungsberechtigten die ihnen obliegenden Plattenflächen neu befestigt bzw. befestigen lassen. In diesem Zusammenhang hat dann der Bauhof bei notwendigen Befestigungsmaßnahmen für die der Stadt obliegende Plattenreihe ebenfalls Befestigungsarbeiten durchgeführt. Dieses ist nachvollziehbar und sicher auch bürgerfreundlich.

Es kann jedoch von der Stadt Laubach bzw. von ihrem Bauhof nicht verlangt werden, dass die Platten durch diesen in alleiniger Zuständigkeit großflächig wieder bzw. neu verlegt werden. Hier ist nach wie vor auf die Verpflichtung der Grabnutzungsberechtigten abzustellen und deren Verantwortung einzufordern.

Eine einvernehmliche Lösung kann nur in so weit zu einem Ziel führen, als die Grabnutzungsberechtigten die in ihrer Verantwortung liegenden Flächen befestigen oder befestigen lassen und die Stadt dieses für den in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Teil der 30 cm breiten Platten erledigt.

Uns ist im abgelaufenen Jahr nur ein Grabnutzungsberechtigter bekannt geworden, der bei uns wegen einer Reparatur angefragt hat. Die dabei bemängelten losen Platten befinden sich in seinem Zuständigkeitsbereich.

- 2.8. Herr Stadtverordneter Köppen möchte den Sachstand zur Installation der Schau-Photovoltaik-Anlage erfahren. Herr Köppen fragt an, ob wie in der Juli-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von der FWG-Fraktion angeregt, die Möglichkeit der Bezuschussung durch ein Programm des Bundes zur Förderung von Demonstrationsanlagen geprüft und beantragt wurde. Der Bund gewährt im Rahmen dieses Programms einen nichtrückzahlbaren Investitionszuschuss bis maximal 30 %.

Herr Bürgermeister Spandau teilt mit, dass die Photovoltaikanlage in der vergangenen Woche aufgebaut werden sollte. Aufgrund einer Falschlieferung von Befestigungsteilen verzögert sich die Aufstellung. Alle Möglichkeiten einer Bezuschussung sind von der Verwaltung geprüft worden.

Protokollnotiz:

Die Beantwortung der Anfrage wird von Herrn Bürgermeister Spandau nachträglich wie folgt ergänzt:

„Eine Bezuschussung von Pilot- und Demonstrationsanlagen im Rahmen des Förderkonzepts „Solarthermie2000plus“ des Bundes kam wegen einer zu geringen Kollektorfläche nicht in Betracht.“

- 2.9. Herr Stadtverordneter Baumgartner fragt an, ob es im Hinblick auf die Gerichtsurteile bzgl. ortsüblicher Mieten im Rahmen von Hartz 4-Leistungen, die Stadt Laubach über einen Mietspiegel verfügt.

Herr Bürgermeister Spandau teilt hierzu mit, dass die Stadt Laubach über keinen Mietspiegel verfügt.

- 2.10. Herr Stadtverordneter Oßwald teilt mit, dass der Bürgermeister bei seinen Mitteilungen über einen vierstelligen Einnahmenüberschuss bei den Festivals berichtet habe. Der Wirtschaftsplan der Laubacher Kultur und Bäder GmbH für das Jahr 2007 schließt im Geschäftsbereich Festivals mit einem Überschuss von rund 21.000,-- EUR ab. Hierin enthalten ist auch ein Zuschuss der Stadt von rund 110.000,-- EUR. Bei Abzug dieses Zuschusses verbleibt ein Minus von 89.000,-- EUR. Er bittet um eine Erläuterung hierzu.

Herr Bürgermeister Spandau teilt hierzu mit, dass es sich bei dem Überschuss um die reinen Ein- bzw. Auszahlungen für die Veranstaltungen handelt. Unberücksichtigt seien dabei die indirekten Kosten für Verwaltungspersonal, Bauhof und Gemeinkosten, die aber im Plan ausgewiesen werden müssten. Daneben müssen auch die unterschiedlichen Begriffsinhalte von Ausgaben/Einnahmen einerseits sowie Kosten/Erlösen andererseits beachtet werden, denen unterschiedliche Zahlen zugrunde liegen.

4 Beratung und Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung mit -plan 2006 und deren Anlagen

4.1 Beratung und Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung mit -plan 2006

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 098/2006.

An der Aussprache beteiligen sich die Herren Stadtverordneten Siegfried, Oßwald, Ruppel, Köhler und Wagner.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach stimmt der Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 02.11.2006 zu.

Mit dem Nachtragsplan werden

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschließlich der Nachträge	
			gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festgesetzt

a) im Ergebnishaushalt

beim ordentlichen Ergebnis

die Erträge	958.032,00	212.502,00	8.748.040,00	9.493.570,00
die Aufwendungen	1.224.782,00	534.560,00	10.873.699,00	11.563.921,00

beim außerordentlichen Ergebnis

die Erträge	2.720,00	0,00	0,00	2.720,00
die Aufwendungen	6.100,00	0,00	0,00	6.100,00

b) im Finanzhaushalt

aus laufender Verwaltungstätigkeit

der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen	0,00	111.738,00	-1.760.494,00	-1.648.756,00
--	------	------------	---------------	---------------

aus Investitionstätigkeit

die Einzahlungen	113.100,00	349.780,00	652.727,00	416.047,00
die Auszahlungen	6.900,00	520.100,00	1.321.850,00	808.650,00

aus Finanzierungstätigkeit

die Einzahlungen	0,00	0,00	1.348.723,00	1.348.723,00
die Auszahlungen	25.000,00	0,00	1.041.075,00	1.066.075,00

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	7	10	0	0	0	0	17
Nein-Stimmen	0	0	7	3	0	1	11
Enthaltungen	0	0	3	0	2	0	5

5 Einbringung des doppischen Haushaltes 2007 und dessen Anlagen

Mit seiner Haushaltsrede, die dem Originalprotokoll als **Anlage 1** beigefügt ist, bringt Herr Bürgermeister Spandau den Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan 2007 und deren Anlagen sowie den Entwurf des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes „Stadtwerke Laubach“ für das Jahr 2007 in die Stadtverordnetenversammlung ein.

6 Antrag der FWG-Fraktion vom 21.06.2006, eing.: 27.06.2006 hier: Bildung eines Jugend- sowie eines Seniorenbeirates

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 040/2006.

An der Aussprache beteiligen sich die Damen Stadtverordneten Sussmann und Schäfer-Klaus.

Beschluss:

Für der Bereich der Großgemeinde werden ein Jugend- und ein Seniorenbeirat gebildet.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	8	10	10	3	2	1	34
Nein-Stimmen	0	0	0	0	0	0	0
Enthaltungen	0	0	0	0	0	0	0

7 Antrag der FWG-Fraktion vom 03.07.2006, eing. 04.07.2006 hier: Teilnahme am "Aktionsprogramm Mehrgenerationenhaus"

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 044/2006.

An der Aussprache beteiligen sich die Damen und Herren Stadtverordneten Oßwald, Graf zu Solms-Laubach, Schäfer-Klaus, Diepolder, Dr. Schmahl, Ruppel, Semmler, Dr. Rinker, Herr 1. Stadtrat Birke und Herr Bürgermeister Spandau.

Auf Antrag von Herrn Stadtverordneten Oßwald verfügt Herr Stadtverordnetenvorsteher Schäfer eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Herr Stadtverordneter Oßwald die Rückstellung des Antrages. Über die Angelegenheit soll jedoch so zeitnah beraten werden, damit eine Bewerbung zur Förderung im Rahmen der zweiten Ausschreibungsrunde im Februar 2007 erfolgen könnte.

Gegen diese Verfahrensweise erheben sich keine Einwendungen.

**8 Antrag der FWG-Fraktion vom 05.07.2006; eing. 05.07.2006
hier: Gebührenfreistellung für das letzte Kindergartenjahr**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 045/2006.

An der Aussprache beteiligen sich die Damen und Herren Stadtverordneten Semmler, Ruppel, Siegfried, Dr. Schmahl.

Herr Stadtverordneter Wagner beantragt den Schluss der Debatte. Diesem Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 12 Stimmenthaltungen nicht zugestimmt.

An der weitergehenden Aussprache beteiligen sich die Damen und Herren Stadtverordneten Oßwald, Köhler, Dr. Rinker, Dr. Schmahl, Semmler und Herr Bürgermeister Spandau.

Beschluss:

Der Antrag der FWG-Stadtverordnetenfraktion v. 05.07.2006, Stadtverordneten-Drucksache Nr. 045/2006 bzgl. der Gebührenfreistellung für das letzte Kindergartenjahr wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	0	0	10	3	0	1	14
Nein-Stimmen	9	10	0	0	0	0	19
Enthaltungen	1	0	0	0	2	0	3

**9 Antrag der FWG-Fraktion vom 23. Juni 2006; eing. 27.06.2006
hier: Ausweisung einer Tempo-30-Zone in der Goethe-, Lessing-
und Gerhard-Hauptmann-Straße in Laubach**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 043/2006.

An der Aussprache beteiligen sich die Herren Stadtverordneten Neuhäuser, Wagner, Axmann, Köhler, Oßwald, Siegfried, Maikranz, Köppen, Frank, Mohr und Herr Bürgermeister Spandau.

Herr Stadtverordneter Neuhäuser beantragt den Beschlussantrag wie folgt zu ändern:

„Der Bürgermeister wird gebeten in den Straßen Lessing-, Goethe-, Schiller- und Gerhart-Hauptmann-Straße in der Kernstadt eine Tempo-30-Zone auszuweisen“.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten in den Straßen Lessing-, Goethe-, Schiller- und Gerhart-Hauptmann-Straße in der Kernstadt eine Tempo-30-Zone auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	6	2	10	3	2	1	24
Nein-Stimmen	2	2	0	0	0	0	4
Enthaltungen	2	5	0	0	0	0	7

Herr Stadtverordneter Graf zu Solms-Laubach verlässt die Sitzung.

10 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.09.2006, eing. 18.09.2006 hier: Erweiterung der Betriebskommission

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 078/2006.

An der Aussprache beteiligen sich die Damen und Herren Stadtverordneten Köhler, Ruppel, Semmler, Siegfried, Oßwald und Herr Bürgermeister Spandau.

Herr Stadtverordneter Köhler beantragt die Rückstellung des Antrages da weiterer Beratungsbedarf besteht.

Gegen diese Verfahrensweise erheben sich keine Einwendungen.

**11 Benennung eines Straßenabschnittes im Felix-Klipstein-Weg
hier: Straße " Am Sonnenhang "**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 094/2006.

An der Aussprache beteiligen sich die Damen und Herren Stadtverordneten Frank, Roeschen, Wagner, Haas, Siegfried, Herr 1. Stadtrat Birke und Herr Bürgermeister Spandau.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschliesst, den Bereich aus der Verlängerung des Felix-Klipstein-Weges, beginnend ab der Verkehrsinsel (im Anschluss an das landwirtschaftliche Unternehmen) bis zum Jugendgästehaus in Straße „ **Am Sonnenhang** „, zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	8	8	0	2	2	0	20
Nein-Stimmen	0	0	5	0	0	1	6
Enthaltungen	0	0	5	1	0	0	6

**12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 17.09.2006, eing.
18.09.2006
hier: "Bündnis für Familie"**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 079/2006.

Der Antrag wird von der antragstellenden Fraktion durch Frau Dr. Schmahl mit einer ausführlichen Begründung zurückgenommen.

**13 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.09.2006, eing.
18.09.2006
hier: Erstellung eines Baulückenkatasters**

Antrag und Begründung ergeben sich aus der Stadtverordneten-Drucksache Nr. 080/2006.

An der Aussprache beteiligen sich die Herren Stadtverordneten Köhler, Wagner, Haas, Köppen, Baumgartner, Frank, Siegfried, Dr. Rinker und Herr Bürgermeister Spandau.

Beschluss:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtverordnetenfraktion v. 17.09.2006, Stadtverordneten-Drucksache Nr. 080/2006 bzgl. der Erstellung eines Baulückenkatasters wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

	SPD	CDU	FWG	Grüne	FDP	BfL	Summe
Ja-Stimmen	0	0	9	3	0	1	13
Nein-Stimmen	8	9	0	0	2	0	19
Enthaltungen	0	0	1	0	0	0	1

- 14 Antrag der FDP-Fraktion vom 02.10.2006, eing. am 06.10.2006
hier: Prüfung der Voraussetzungen für die Übertragung der
Bewirtschaftung der Theodor-Heuss-Grundschule Laubach auf die
Stadt Laubach**

Die Angelegenheit wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung behandelt.

- 15 Antrag der FDP-Fraktion vom 14.10.2006, eing. am 19.10.2006
hier: Beschilderung der Laubacher Radwege mit den im gesamten
Bundesgebiet einheitlich verwendeten Wegweisern**

Die Angelegenheit wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung behandelt.

- 16 Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 19.10.2006, eing. am
20.10.2006
hier: Änderungen bzw. Ergänzungen in der Benutzungs- und
Gebührenordnung der Stadt Laubach**

Die Angelegenheit wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung behandelt.

(Alfred Schäfer)
Vorsitzender

(Mathias Schäfer)
Schriftführer

Anwesenheitsliste

der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.11.2006

Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordneten
vorsteher Schäfer, Alfred

CDU-Fraktion

Stadtverordnete Albert, Ingrid
Stadtverordneter Beyer, Uwe
Stadtverordnete Diepolder, Christine
Stadtverordneter Diepolder, Michael Dr. med.
Stadtverordneter Graf zu Solms-Laubach, Karl S.E.
Stadtverordneter Kröll, Axel
Stadtverordnete Lotz, Jennifer
Stadtverordneter Maikranz, Siegbert
Stadtverordneter Rinker, Mike Dr.jur.
Stadtverordneter Ruppel, Björn Erik

SPD-Fraktion

Stadtverordneter Baumgartner, Wolfgang
Stadtverordneter Becker, Hans-Jürgen
Stadtverordneter Berk, Christian
Stadtverordneter Esmer, Kenan
Stadtverordneter Lakos, Heinz
Stadtverordneter Mohr, Harald
Stadtverordnete Schäfer-Klaus, Gabriele
Stadtverordneter Siegfried, Werner
Stadtverordneter Wagner, Horst

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen

Stadtverordnete Dietz, Barbara
Stadtverordneter Köhler, Michael
Stadtverordnete Schmahl, Christiane Dr.

FDP-Fraktion

Stadtverordneter Metje, Tim

Stadtverordneter Roeschen, Eberhard _____

FWG-Fraktion

Stadtverordneter Axmann, Leo _____

Stadtverordneter Gottwals, Ralf _____

Stadtverordnete Graf, Petra _____

Stadtverordneter Haas, Günter _____

Stadtverordneter Köppen, Lutz _____

Stadtverordneter Neuhäuser, Josef _____

Stadtverordneter Oßwald, Dirk _____

Stadtverordneter Semmler, Günther _____

Stadtverordnete Sussmann, Anne _____

Stadtverordneter Sussmann, Michael _____

Bürger für Laubach

Stadtverordneter Frank, Hans-Georg _____

Magistrat

Bürgermeister Spandau, Claus _____

1. Stadtrat Birke, Lothar _____

Stadtrat Häusler, Rainer _____

Stadtrat Kircher, Helmut _____

Stadträtin Metje, Heidrun _____

Stadtrat Parr, Hans Walter _____

Stadtrat Teubner-Damster, Hans-Georg _____

Stadtrat Weinreich, Karl Georg Ludwig Dipl.
Ing. _____

Schriftführer/in

Amtmann Schäfer, Mathias _____

Verwaltung

Magistratsoberrat Weicker, Karl-Heinz _____

entschuldigt fehlt

SPD-Fraktion

Stadtverordnete Poschpiech, Sigrid _____

Magistrat

Stadtrat
Stadtrat

Braunroth, Helge
Lindner, Hans-Peter
